

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 54 (1974-1975)
Heft: 6: Kultur und Zivilisation

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentar

FESTGEFAHRENE OSTEUROPÄISCHE REFORM ?

Die freie Welt ist – wer wüsste es nicht ? – mit tiefgreifenden wirtschaftlichen Ordnungsproblemen konfrontiert. Die internationale Währungsordnung verharrt in einem Provisorium; es besteht momentan wenig Aussicht, neue Ordnungsvorstellungen auszudenken, die Aussicht auf Verwirklichung hätten. Die europäische Integration vermag aus ihrer Stagnation nicht herauszukommen. Die soziale Marktwirtschaft befindet sich seit langem in einer Phase der ordnungspolitischen Unsicherheit. Die Inflation nagt an den Fundamenten der Marktwirtschaft; ihre Zurückdrängung auf tragbare Proportionen steht zumindest kürzerfristig nicht in Aussicht. Die Aufzählung weiterer Gebiete, die dringend der ordnungspolitischen Reform rufen, wäre nicht allzu schwer.

In der *osteuropäischen Betrachtungsweise* handelt es sich bei alledem vorwiegend um innere «Widersprüche» des kapitalistischen Systems, die den bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus anzeigen. Als Alternative wird in der offiziellen Lesart der Kommunistischen Prognostiker der heute im Comecon-Raum praktizierte Sozialismus offeriert. In seiner Qualität als Alternative wird er von seinen Verfechtern als in sich widerspruchsfreies, als spannungsfreies System verstanden, das auf einem generellen Konsens der beteiligten

Gruppen und Menschen beruht. Diesem Anspruch, der natürlich nur in der Propaganda existiert, steht die reformpolitische Wirklichkeit gegenüber, die Ausdruck dafür ist, dass in den sozialistischen Wirtschaftsordnungen Kräfte am Werk sind, die vehement auf *Veränderung* drängen. Sie erreichen bisweilen einen eruptiven Grad (Tschechoslowakei, Polen), haben in der Grundanlage aber einen mehr evolutionären Charakter. In jedem Falle widerlegen sie die These vom generellen ordnungspolitischen Konsens in der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Und da sie, soweit sie sich evolutionär durchzusetzen vermögen – «jedes Land hat das Recht, seinen eigenen Weg zum Sozialismus zu finden» – als Reflex für das Bemühen aufgefasst werden können, vorhandene Spannungsfelder aufzulösen, strafen sie auch die These vom generellen ordnungspolitischen Konsens Lügen. Reformen präsentieren sich, durch diese Optik betrachtet, als politisch tolerierte Versuche, ordnungspolitische Disharmonien zu überwinden.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht im einzelnen zu prüfen, aus welchen Quellen die reformpolitischen Energien fliessen. Der gemeinsame Nenner einer jeden Reformpolitik lässt sich indessen auf die Frage nach dem Grad der Zentralisation beziehungsweise Dezentralisation von wirtschaftspoli-

schen Entscheidungskompetenzen reduzieren. Und da das orthodoxe, das «klassische» Entscheidungsmuster der sozialistischen Wirtschaftsordnung einen sehr hohen Zentralisierungsgrad aufweist, postulieren alle bis heute bekannte gewordenen Reformkonzepte einen höheren Grad an *Dezentralisation*. Umstritten sind nur die Wege zur Dezentralisation und die wirtschaftlichen Felder, auf denen sie verwirklicht werden soll. Das, was die Tschechoslowakei 1968 an Dezentralisation zu realisieren versuchte, ging eindeutig über das Mass des politisch Tragbaren hinaus.

Wenn der Blick unter reformpolitischen Aspekten auf den Comecon-Raum gerichtet wird, so sind zwei Pole sichtbar, die die Spannbreite einer national eigenständigen Ordnungspolitik bestimmen: Auf der einen Seite die Sowjetunion, die im konservativen Lager steht und, wenn überhaupt, eine äußerst zurückhaltende Reformpolitik betreibt; auf der anderen Seite steht Ungarn, das, nachdem das tschechische Experiment scheiterte, als reformpolitischer Avantgardist bezeichnet werden könnte. Ungarn befindet sich an der vordersten Front der reformpolitischen Bewegung, weshalb es denn auch das Interesse all jener auf sich zieht, die die Vorgänge im sozialistischen Raum, in dem immerhin rund ein Drittel der Menschheit lebt, die die reformpolitischen Motive und Bewegungen auf ihre Entwicklungsträchtigkeit zu deuten versuchen. Die Sowjetunion betätigt sich mithin als reformpolitischer Bremser. Das ist nicht erstaunlich, wenn in Rechnung gestellt wird, dass die ordnungspolitische Einheit in Osteuropa dereinst von diesem Lande ausging und sich die Sowjetunion auch heute noch als Sach-

walterin der ordnungspolitischen Einheit versteht. Die Sowjetunion hat nun allerdings alle Mühe, diese Einheit noch innerhalb gewisser Margen zu bewahren. Die Integrationspolitik hat sich auch im sozialistischen Raum nur als bescheidener Harmonisierungsfaktor entpuppt. Außerdem darf nicht übersehen werden, dass Reformen in einem darart riesigen Lande wie der Sowjetunion ungleich schwierigere Probleme stellen als etwa in kleineren Staaten wie Ungarn und Polen. Mithin sind auch die Risiken entsprechend größer; damit wächst die Abneigung gegenüber einem Experiment, dessen Ausgang auch deshalb nur schwer abzuschätzen ist, weil die Sowjetunion mit einer forcierten Dezentralisierung befürchten müsste, das alte Nationalitätenproblem von neuem zu aktivieren.

Ungarn andererseits hat im Frühjahr 1968 ein kühnes Reformprogramm in Szene gesetzt – ein Reformprogramm, das über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren ausgelegt war, innerhalb dem der starke Zentralisierungsgrad stufenweise abgebaut werden sollte. Die Anfangsphase war, gemessen an osteuropäischen Bewegungsspielräumen, beeindruckend: partielle Wiederherstellung von unternehmerischen Entscheidungsfeldern, relativ weitgehender Abbau der imperativen, das heißt der vollzugsverbindlichen gesamtwirtschaftlichen Planung und Übergang zu dem, was als indikative Planung bezeichnet wird, Zurückdrängung des Systems zentral administrierter Preise, Dezentralisierung der Investitionspolitik, Einführung einer weitgreifenden Kreditpolitik usw. Die Ungarn waren stolz auf ihren Alleingang, der sie in die Nähe jener Ordnungsvorstellung führen sollte, die gemeinhin als *sozialistische Marktwirt-*

schaft bezeichnet wird, also einer Wirtschaftsordnung, in der Marktkräfte mit zentralisierten Entscheidungsträgern kombiniert werden. Ungarn befand sich in den Jahren 1968 bis 1971 in einer gedämpften Aufbruchsstimmung, die Hoffnungen weckte, die die Überwindung einer Phase der zentralistischen Irrtümer erwarten liess.

Was ist von diesem Reformwillen übriggeblieben? Wer im heutigen Ungarn Umschau hält, registriert ein merklich abgekühltes, ein nüchterneres Reformklima. Zwar ist die Reform, so wie sie sich gegenwärtig darstellt, allgemein akzeptiert. Die Ungarn haben gelernt, mit der Reform zu leben; sie wird nicht ernstlich in Frage gestellt. Zudem: von den bisher durchgeföhrten Reformmassnahmen musste nichts zurückgenommen werden; dies ist, wenn man die osteuropäische Reformgeschichte zu Rate zieht, zweifellos höchst bemerkenswert. Trotzdem, die Stosskraft, das Reformwerk weiterzuföhren, ist nicht mehr überzeugend; ja man kann bisweilen eine eigentliche *Resignation* feststellen.' Zumindest zeigt die ziemlich allgemein verbreitete Auffassung, dass nun das Hauptwerk vollbracht sei und eigentlich nicht mehr viel zu tun übrig bleibe, an, dass die ursprünglichen Ziele einer sehr weitgehenden Dezentralisation zurückgenommen worden sind.

Es ist nicht leicht, die Gründe für diese Wendung zu erkennen. Bei solchen Entwicklungen liegt natürlich immer die Vermutung nahe, dass sich der *Einfluss der Sowjetunion* in «dezenter» Weise geltend gemacht haben könnte. Nachdem der bisher erreichte Reformstand Ungarns bereits im sozialistischen Einflussbereich als «Unruhestifter» aufgetreten ist, wäre die Annahme,

die Sowjetunion könnte die Hand im Spiel gehabt haben, durchaus nicht abwegig. Eindeutige Indizien gibt es aber nicht. Zwar hat es vor kurzem in den höchsten wirtschaftlichen Ämtern Ungarns einige spektakuläre personelle Änderungen gegeben. Das Märzplenum des Zentralkomitees hat die profilierten Reformpolitiker Rezsö Nyers und Gjörgey Aczel in ihrem Einfluss beschnitten. Hinter diesem Revirement sind sicherlich Meinungsverschiedenheiten über den wirtschaftspolitischen Kurs zu erblicken. Aber der eigentliche Sündenfall, der diesen Ordnungsruf ausgelöst hat, ist nie öffentlich bekannt gegeben worden. Und selbst die beteiligten Personen wissen offenbar nicht, was ihnen zur Last gelegt worden ist. Zumindest ist nicht klar erkennbar, ob die Sowjetunion mit der Erzwingung dieses Revements ein Signal für eine reformpolitische «Konsolidierungsphase» setzen wollte.

In Ungarn sind die Erklärungen zu diesem Phänomen zurückhaltend und zwielichtig. Politische Einflüsse werden rundweg in Abrede gestellt, obwohl eine Änderung des Reformklimas anerkannt wird. Die Begründungen für diesen Klimawechsel liegen vielmehr auf zwei Ebenen: einmal wird geltend gemacht, dass die Reform nicht ganz das gehalten habe, was erwartet worden sei; die reale Einkommenssteigerung ist hinter den Prognosen zurückgeblieben, und die Gefahr einer zunehmenden inflationären Tendenz wird in Ungarn sehr ernst genommen; die Inflationsraten schwankten in den vergangenen drei Jahren zwischen den Grenzpunkten von 2 und 3 Prozent. Dies mutet gegenüber den Verhältnissen in den westlichen Industriestaaten zwar geradezu idyllisch an, ist aber für ein so-

zialistisches Land «dramatisch» genug, um die Gemüter zu beunruhigen. Beteiligt an dieser Inflationsrate sind nicht nur die hohe aussenwirtschaftliche Abhängigkeit Ungarns sowie neue und qualitativ höherwertige Produkte, sondern auch ein eigentlicher Investitionsboom, der im Gefolge der Dezentralisierung der Investitionspolitik auftrat, und die Kostenwirkung der steigenden Löhne. Das Gespenst monetärer Instabilität als Folge eines höheren Dezentralisierungsgrades in der wirtschaftlichen Entscheidungsstruktur verlange, so wird betont, weiterhin relativ zugriffige staatliche Kontrollen. Sodann wird ins Licht gestellt, dass das ursprüngliche Reformkonzept in der Euphorie der damaligen Aufbruchsstimmung überzogen worden sei!

Tatsächlich sind einige ordnungspolitische Tabus, deren Erhaltung anfänglich angezweifelt worden war, bisher unangetastet geblieben. Dazu gehören natürlich einmal die Eigentumsordnung, sodann aber auch die Existenz eines Monobankensystems (staatliche Kreditpolitik), ein weiterhin stark zentral administriertes Preissystem (Erhaltung der Preisstabilität), sowie eine zentral beeinflusste Lohnpolitik; die Fachministerien blieben bestehen, ebenso das Devisen- und Aussenhandelsmonopol des Staates, obwohl die aussenhandelspolitischen Kompetenzen in einem beträchtlichen Ausmaße dezentralisiert worden sind (Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die Ebene einzelner Grossunternehmungen).

Die ungarische Reformpolitik ist im sozialistischen Raum nicht *nur* mit Wohlwollen aufgenommen worden. Die relativen Freiheiten, die in Ungarn im Laufe des Reformwerkes hergestellt worden sind, haben die Regierungen

anderer sozialistischer Länder wenn nicht in Schwierigkeiten gebracht, so doch dem offenen und versteckten Vorwurf ausgesetzt, hinter dem möglichen Dezentralisierungsgrad zurückgeblieben zu sein. Und diese Kritik ist um so näherliegender, als der Appell an die individuelle Initiative, die im ungarischen Reformkonzept enthalten ist – eben eine Folge der Dezentralisierung –, sich in den grösseren Städten in einer jedermann sichtbaren Verbesserung der Versorgungslage niedergeschlagen hat.

Der im Vergleich zu den industrialisierten Ländern des Westens noch bescheidene Wohlstand in Ungarn hat jedoch die Kommunistische Partei bereits mit einem neuen Problem konfrontiert, auf das sie offenbar in keiner Weise vorbereitet war, nämlich dem Wiedererwachen dessen, was in der kommunistischen Sprachweise als *kleinbürgerliche Ideologie* und Verhaltensweise apostrophiert wird. Die Menschen denken mit steigenden persönlichen Einkommen in erster Linie an ihren eigenen Komfort und Luxus. Mit zunehmendem materiellen Wohlstand änderte sich die geistige Haltung der Menschen keineswegs in der von Marx vorgezeichneten Weise. Das Konsumdenken, das in den kapitalistischen Ländern als Degenerationserscheinung qualifiziert wird, tritt in Ungarn deutlich in Erscheinung. Die Erkenntnis, dass der «neue Mensch» möglicherweise nicht jener Idealfigur entsprechen könnte, wie sie von der Ideologie gefordert wird, beginnt die politischen Spitzenkader des Landes zu beschäftigen.

Mit der Reform ist es Ungarn gelungen, eine ganze Reihe von Problemen zu bewältigen und einen Weg ein-

zuschlagen, der vielversprechend war. Heute muss es feststellen, dass die Reform nicht ganz das gebracht hat, was sie ursprünglich zu versprechen schien. Und Ungarn muss sich auch eingestehen, dass die Reformpolitik nicht losgelöst von den generellen Verhältnissen im Comecom-Raum betrieben werden kann. Es ist in Würdigung dieser Konstellation vielleicht nicht die schlechte-

ste Politik, das Erreichte vorerst einmal zu «zementieren». Das Beispiel der CSSR hat in dieser Beziehung zweifellos moderierend gewirkt. Signalisiert der Fall Ungarn eine generelle Dämpfung des Reformwillens in den sozialistischen Ländern? Diese Folgerung scheint zumindest nicht ausgeschlossen.

Willy Linder

1973: ENDE DER NACKRIEGSZEIT

Es bedurfte eines Jahres wie 1973, um das zu markieren, was spätere Generationen vielleicht einmal als «Abschied von der Nachkriegszeit» bezeichnen werden. Dieses Jahr vereinigte in seltener Konzentration jene Mischung von Krisen und Kettenreaktionen, von Auf-takt und Abgesang, von Kontinuität und Wandel, die es schwer macht, sie als geschichtliche Zäsur zu erkennen. Denn manches, was in jenen bewegten Monaten geschah, war seit langem vorgegeben: so etwa die Währungskrise. Und das, was erst in Zukunft mit ganzem Gewicht auf uns fallen wird, verdichtete sich erstmals zu einer drohenden Krise. So die von vielen bereits wieder aus Bewusstsein und guten Vorsätzen verdrängte Energie- und Rohstoffknappheit. Geschichtliche Epochen entbehren nun einmal klarer Trennlinien, weil sie stets auch Zeiten des Überganges sind. Trotzdem haben wir alle – für einen Augenblick wenigstens – gespürt, dass sich innerhalb einer kurzen Zeitspanne mehr Übergang und mehr Wandel ankündigten als in den meisten Jahren einer immerhin bewegten Nachkriegszeit.

Verlangsamtes Schrittmass

Wahrscheinlich befinden wir uns in einer politisch bedeutsamen Zwischenphase: gleichsam einem Zwischenakt im grossen Welttheater, in dem wir von manch Vertrautem Abschied nehmen, ohne wirklich zu erfassen, welches Spiel uns im nächsten Akt erwartet. Vorläufig können wir bei unserem Zwischenhalt lediglich feststellen, dass sich das Schrittmass der internationalen Politik merklich verlangsamt hat, dass vieles in Frage gestellt wurde oder aber ungewiss wird; die Zeit spektakulärer Durchbrüche und grosser Entwürfe ist fürs erste zu Ende: der amerikanisch-sowjetische Rüstungsdialog ist ins Stokken geraten; der allzu eilig prophezeite Aufstieg Chinas in die Liga der Weltmächte kann jeden Augenblick durch innere Umwälzungen aufgehalten werden, das «Jahr Europas» ist nach mühseligem Tauziehen nun in eine «Atlantische Deklaration» eingemündet, ohne dass dies Europa auf der Suche nach seiner «Identität» weiterhelfen würde. Von allen Abwertungen der letzten Jahre hat wohl die Idee Europa den

grössten Kursverlust erlitten. Weiter: das Wagnis der Ostpolitik – wie jenes der Ost-West-Entspannung überhaupt – muss sich nun im mühseligen Gerangel um scheinbare Kleinigkeiten bewähren. Die Grossveranstaltung der Europäischen Sicherheitskonferenz nimmt vorerst und immer noch ihren wenig ruhreichen Gang hinter verschlossenen Türen in Genf.

Diese Verlangsamung, diese Krisen und diese Infragestellung hochgespannter Erwartungen kam für die meisten von uns unerwartet. Noch vor einem Jahr lauteten die Prognosen hüben und drüben und trotz warnender Zeichen am Horizont optimistisch. Die Industrieländer, Japan und Westeuropa zumal, betrachteten es als selbstverständlich, auch weiterhin reicher und stärker zu werden. Der Ost-West-Entspannung schienen nur Grenzen des guten Willens gesetzt zu sein; die von Dr. Kissinger brillant eingeleitete Neuordnung der Dreieckbeziehung Moskau-Peking-Washington verhiess auch Japan und der erweiterten Europäischen Gemeinschaft einen Platz am Tisch der Grossen dieser Welt, ein Tisch, an den sich zu setzen Europäer und Japaner um so eher bereit waren, als sie sich weiterhin vor der Übernahme weltpolitischer Verantwortung glaubten drücken zu können. So überdeckte Japans Aufstieg zu einer mit scheinbar unerschöpflichen Währungsreserven ausgestatteten Wirtschaftsmacht die Tatsache, dass es militärisch und politisch schwach und hinsichtlich seiner Energie- und Rohstoffversorgung äusserst verletzlich war. Westeuropa sonnte sich seinerseits im neugewonnenen Selbstbewusstsein des endlich geglückten Anschlusses von Grossbritannien an den Kontinent; davon erhoffte man sich neue Impulse und

die längst fällige Verstärkung der Gemeinschaft. Die rapid anschwellende Zahl von Gipfel- und anderen Ministertreffen täuschte dabei über die wachsende Kluft hinweg, die sich immer tiefer zwischen den ungelösten Aufgaben einerseits und der schwindenden Bereitschaft zu ihrer gemeinsamen Bewältigung andererseits auftat.

Verlust westlicher Monopole

Der Mittelost-Konflikt und das in seinem Kielwasser folgende Ölembargo wirkten wie ein Sprengsatz: sie haben viele der Schwächen blossgelegt, auf denen diese wirtschaftliche Prosperität ohne politische Verantwortung, diese Wachstumseuphorie zu Lasten Dritter und zu Lasten späterer Generationen und dieser kurzatmige Nationalismus beruhten. Die Gemeinschaft erwies sich als Schönwetterklub, den die Krise nicht zu noch grösserer Solidarität veranlasste, sondern zu Alleingängen auseinanderdividierte.

Fast schlagartig sehen sich die westlichen Industrieländer in einer für sie neuen, ungewohnten Situation. Ihre Übermacht gründete sich auf einer ungewöhnlichen und wohl einmaligen Balzung von Monopolen: im wirtschaftlichen, im monetären, im strategischen und im maritimen Bereich. Alle diese Monopole sehen sich heute wo nicht gebrochen, so doch angefochten; sie sind wo nicht beendet, so doch gefährdet und verletzt geworden. Als erstes hat das westliche *Monopol des Reichtums* mit seinen fast überall höchsten Wachstumsraten und einer nie dagewesenen Güter- und Geldakkumulation im arabischen Ölembargo seinen Meister gefunden. Die jetzt schon in astronomi-

sche Höhen kletternden Einkünfte der Ölproduzierenden Länder werden sehr bald zu einer Verlagerung und Umverteilung von Reichtum und Währungsreserven führen. Ein OECD-Bericht lässt hierüber keinen Zweifel: der auf zehn Milliarden Dollar veranschlagte Zahlungsbilanzüberschuss der OECD-Länder (Westeuropa, Nordamerika, Japan und Australien) wird im nächsten Jahr durch die neuen Ölpreise aufgefressen; traditionelle Überschussländer wie Japan und Frankreich rutschen tief in die roten Zahlen. Die neuen Zentren des Reichtums mit ihrem Schwerpunkt im Mittleren Osten werden fortan ein entscheidendes Wort bei Reform und Kontrolle des internationalen Währungssystems (eine Domäne westlicher Länder) mitsprechen wollen. Die Konferenz der Vereinigten Nationen über die künftige Verteilung der Rohstoffe zeigt, dass sich auch die rohstoffreichen Entwicklungsländer zu organisieren beginnen.

Mit einer Wirtschaft, deren Fortbestand und Fortschritt von immer grösseren Importen abhängt und die damit Preiserhöhungen und Restriktionen der Lieferländer ausgeliefert ist, sieht der Westen ein weiteres Monopol in Gefahr: das – vermeintliche – *Monopol wirtschaftspolitischer Bewegungsfreiheit*, das er über Jahre und Jahrzehnte störungsfreier und billiger Versorgung allzu selbstverständlich hingenommen hat. Er wird fortan bei der Suche nach Rohstoffen und Märkten auf neue Hinderisse, höhere Preise und härtere Partner stossen. Die Gefahr besteht, dass dabei die westlichen Länder zu ihren eigenen grössten Rivalen werden.

Die Bedrohung des dritten Monopols, dasjenige der *strategischen Überlegenheit*, kam von anderer Seite. Mit

einem aussergewöhnlichen, nur in Regimen autoritärer Wirtschaftslenkung möglichen Kraftakt hat die Sowjetunion die jahrzehntelange strategische Vorherrschaft der westlichen Führungsmaecht Amerikas in einen Gleichstand umzuwandeln vermocht. Sie liess sich dies vor aller Welt im ersten Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstung 1972 (SALT I) bestätigen; seither versucht sie, den ihr in diesem Abkommen eingeräumten zahlenmässigen Vorsprung auch durch eine qualitative Verbesserung ihrer Raketen auszubauen. Anders als ihre Nachbarn in Westeuropa und Japan misst Moskau offenbar dem politischen Nutzen militärischer Macht im internationalen Verkehr immer noch erheblichen Wert bei.

Der Aufstieg der Sowjetunion zur zweiten Seemacht erhärtet diese Vermutung. Die erstmalige Präsenz sowjetischer Seestreitkräfte auf allen Weltmeeren eröffnet ihrer Politik eine bisher verschlossene Dimension globaler Mitsprache. Wo sie anerkannt wird, fällt das *vierte Monopol* des Westens, dasjenige seiner bisher *unbestrittenen Seeherrschaft*. Vom Mittelmeer und Indischen Ozean bis hin zu seinen eigentlichen Domänen und strategischen Bindgliedern, dem Atlantik und dem Pazifik, wird er sich fortan an eine geteilte Seepräsenz gewöhnen müssen.

Unterschiedliche Verletzlichkeit

Ende oder Gefährdung ehemals privilegierter Positionen trifft jedoch die westlichen Länder nicht gleich. Diese sind im unterschiedlichen Masse verletzlich. Gerade diese Tatsache verringert die Aussichten für Solidarität und gemein-

same Lösungen; sie erhöht die Versuchung zum nationalen Alleingang. Die gemischte Aufnahme von Staatssekretär Kissingers Vorschlag für eine gemeinsame Ölpolitik der westlichen Industrieländer beweist dies.

Von allen Industrieländern ist Japan am verletzlichsten. Es ist fast völlig auf äussere Ressourcen angewiesen. Seine Stärke liegt allein in seiner politischen Geschlossenheit und einem ausgeprägten Gefühl nationaler Solidarität. Beides sind Vorteile, denen sich Europa, selbst die Europäische Gemeinschaft, bis heute nicht rühmen kann. Die Vereinigten Staaten verfügen dagegen sowohl über die politische Einheit wie über grosse, noch unverbrauchte Ressourcen. Mit ihrer Hilfe werden sie in den kommenden Jahren jene aussenpolitische und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zurückgewinnen, die ihnen als Weltmacht unentbehrlich erscheint.

Die Folgen dieser unterschiedlichen Ausgangslage für das transatlantische Verhältnis sind bereits in Umrissen erkennbar: für Europa und Japan werden sie eine empfindliche Schwächung ihrer in den vergangenen Jahren so spektakulär gestärkten Stellung bringen – und dies gerade in einem Augenblick, in dem die amerikanische Schutzmacht neue Kräfte mobilisiert. So könnte es sehr wohl sein, dass sich das Aufflackern europäischen Hochmuts und japanischer Selbstgefälligkeit gegenüber dem «niedergehenden» oder schon verloren geglaubten Amerika als kurzlebiges Strohfeuer erweist.

Im wirtschaftlichen Dreieck USA-Japan-Westeuropa zeigt sich, dass weder die Europäer noch die Japaner vorläufig für ein Spiel mit gleichen Chancen ausgerüstet sind. Allen Unkenrufen zum Trotz erweisen sich die Vereinigten

Staaten wiederum als aktivste und einflussreichste Macht, zur angenehmen Überraschung der einen – so der Ägypter –, zum betretenen Grollen der andern, Moskaus zumal. Bedenken erweckt die in der unermüdlichen Reisediplomatie Kissingers symbolisierte Aktivität nur dann, wenn diese Entfaltung wirtschaftlicher und militärischer Stärke in einem eng verstandenen Nationalinteresse erfolgt, wenn sie also nicht wie bisher von der Bereitschaft begleitet ist, die weltpolitische Führungsrolle auch im weiteren Interesse der Staatengemeinschaft, vornehmlich der Verbündeten und der Entwicklungsländer, zu spielen.

Wenn Japan und Westeuropa noch nicht als weltpolitisch wirksame Kräfte gerechnet werden können, wo finden sich dann die Mächte, die in absehbarer Zeit tragende Rollen zu übernehmen in der Lage sind? Sehen wir einmal von dem krisengefährdeten Indien und noch schwachen Riesen wie Brasilien und vielleicht auch Iran ab, so bleiben in diesem Spiel der Mächtigsten nur noch die beiden kommunistischen Grossen, die Sowjetunion und China. Auch sie verfügen über weite, für strategische Rüstung unentbehrliche Flächen; auch sie besitzen unerschlossene Öl-, Naturgas- und Rohstoffvorkommen. Zugleich sind sie aber, in verschiedener Weise, auf westliches Kapital und technologische Kenntnisse angewiesen. Hier liegt denn auch die grösste Schwäche der Sowjetunion: sie kann ihr drohendes Zurückfallen hinter den Westen nur durch Zusammenarbeit mit eben diesem Westen verhindern. Chinas Weltpolitik ebenso wie seine Nuklearstreitmacht stecken immer noch in den Anfängen; die erste, der Wunsch, auf weite Regionen Einfluss zu nehmen,

läuft in ihren Ambitionen den gegenwärtigen wirtschaftlichen Kapazitäten Chinas weit voraus; die letztere, die Nuklearrüstung, ist immer noch verletzlich, das heißt sie könnte relativ leicht von sowjetischen oder amerikanischen Raketen vernichtet werden; beides, weltpolitische Aspiration und strategische Abschreckung, bleibt in seiner Wirkung bis auf weiteres begrenzt.

Trotzdem: nirgendwo auf der Welt stoßen so immense Größenordnungen aufeinander wie im asiatischen Raum: hier stehen sich entlang der längsten Grenze das *grösste Land*, die Sowjetunion, dem *bevölkerungsreichsten*, China, gegenüber; die erstere unterhält hier bereits mehr Streitkräfte als in Osteuropa; und China kann heute mit seinen Nuklearraketen Moskau erreichen. Im Süden dieser beiden Giganten liegt Indien mit der zweithöchsten Bevölkerungszahl. Es ist Freund der Sowjetunion und Rivale Chinas, krisenhaft belastet von enormen wirtschafts- und Wachstumsproblemen, die auch durch eine nukleare Explosion nur kurzfristig überblendet, aber nicht gelöst werden können. Im Osten finden wir eines der dynamischsten und am dichtesten bevölkerten Länder, Japan – in seiner Wirtschaft und Sicherheit dem Westen, in seiner Geschichte und Kultur Asien zugewandt. Diese Zwitterstellung drängt es in eine doppelte Einsamkeit, in der es ohne gleichrangigen Partner von seinen Nachbarn misstrauisch und seinen westlichen Freunden zurückhaltend skeptisch angesehen wird. Sie alle, China, Indien, Japan stehen vor einer ungewissen Zukunft. Auch wer einen Konflikt für unwahrscheinlich hält, kann doch weder das Konfliktpotential noch die machtpolitische Verletzlichkeit dieses Raumes übersehen.

Kontrolle oder Wettkauf der Rüstungen

So bleiben in der Hierarchie der Mächte bis auf weiteres die Vereinigten Staaten als die stärkste und weltweit immer noch allein präsente Macht. Nur im strategisch-politischen Bereich hält ihnen die Sowjetunion in etwa die Waage. Hier begründen sich denn auch für beide Zwang und Verlockung zum Zusammengehen, zum «Kondominium». Der Mittelost-Konflikt hat diese *Pax Russo-Americanica* in eine weitere Region ausdehnen helfen. Es ist denkbar, dass der Indische Ozean sich als nächstes Feld für eine sowjetisch-amerikanische Interessengemeinschaft anbietet.

Dem Zusammenspiel zwischen Moskau und Washington bleiben aber recht enge Grenzen gesetzt. Dafür sind nicht nur die verschiedene Natur des amerikanischen und sowjetischen Systems und die entgegengesetzten Auffassungen von der Möglichkeit oder Unmöglichkeit dauernden Zusammenlebens verantwortlich. Dahn gehört auch, dass die Sowjetunion, gerade weil sie wirtschaftlich und technologisch schwächer ist als ihr amerikanischer Rivale, der *militärischen* Macht eine um so grössere Bedeutung zumisst. Der zahlenmässige Vorteil, der ihr im ersten Abkommen über eine Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT) zugesprochen wurde, war für sie deshalb ausserordentlich bedeutsam. Ihn möchte sie bewahren, nicht weil sie aggressive Absichten hegt, sondern weil sie einen solchen Vorsprung für politisch nützlich hält. Diese Haltung und auch mancherlei, oft innenpolitisch motivierte Fehldeutungen sowjetischen Verhaltens auf amerikanischer Seite lassen eine neue Spirale des Rüstungslaufes befürchten. Einmal

mehr müssen wir feststellen, dass es eben keine obere Grenze gibt, auf der sich früher oder später die Rüstungstechnik «einpendeln» und dann stillstehen würde. Die Entwicklung geht, von menschlicher Neugier und wirtschaftlicher Triebkraft vorangestossen, weiter. Sie droht der politischen Kontrolle davonzulaufen, das heisst so komplex zu werden, dass sie mit Abkommen und Appellen nicht mehr einzufangen ist. Die nächsten Monate werden entscheidend dafür sein, ob die fortlaufende Ausrüstung der Raketen mit mehreren Sprengköpfen (MIRV) gebürgt werden kann; hinter ihr stehen bereits neue Waffensysteme auf dem Reissbrett. Wird ihre Entwicklung nicht gebremst, werden sie in den achtziger Jahren einsatzbereit sein.

In der nun laufenden zweiten SALT-Runde geht es also um die Zukunft der strategischen Rüstung. Hier werden Weichen für das *Kräfteverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in den nächsten Jahrzehnten* gestellt. Die Wiener Verhandlungen über einen beidseitigen Truppenabbau (MFR) sollen dagegen die *künftige Stärke des Warschauer Paktes und der NATO in Europa* festlegen. In diesen kaum weniger mühsamen Verhandlungen ist deutlich geworden, dass es dem Westen in erster Linie um eine Kürzung seines Truppenbestandes und um die Erleichterung der damit verbundenen finanziellen Lasten geht. Die Sowjetunion ihrerseits verfolgt vor allem politische Ziele. Die Zahlen, um die sich gegenwärtige Kürzungsvorschläge drehen, sind für sie kaum von Belang. Störend und ungewohnt ist für Moskau lediglich, dass es sich darüber erstmals mit seinen osteuropäischen Verbündeten unterhalten muss. Wichtig für die

Sowjetunion ist vielmehr, mittels solcher Verhandlungen Einfluss auf die atlantische und westeuropäische Verteidigungspolitik nehmen zu können, vor allem jede militärische Stärkung und Umstrukturierung der Europäischen Gemeinschaft zu verhindern. Man wird deshalb über dem an sich wünschenswerten Abbau des grössten Truppenarsenals der Geschichte nicht vergessen dürfen, dass dahinter – zumindest auf sowjetischer Seite – sehr konkrete Vorstellungen über das künftige Kräfteverhältnis und das Gewicht stehen, das sich Moskau auf dem Kontinent selbst sichern will.

Europas Sicherheit

Die Annahme, dass mit der Legalisierung des Status quo und einer Berlin-Regelung die Lage Europas nun endlich weitgehend «normalisiert» und «stabilisiert» sei, unterschätzt auf gefährliche Weise die politische Dynamik eines Kontinents, in dem sich in einzigartiger Konzentration die entscheidenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ideologischen Triebkräfte unseres Jahrhunderts vereint finden. Selbst da, wo kaum mit einem kriegerischen Konflikt zu rechnen ist, werden soziale Spannungen, wirtschaftliche Krisen und politische Verschiebungen nach links oder rechts, im Norden, Westen oder Süden, neue Unsicherheiten schaffen; wird die blosse Existenz militärischer Übermacht der Sowjetunion zusätzliche Optionen eröffnen und wird eine Europäische Gemeinschaft, wo sie stagniert und zerbröckelt, neuen Anforderungen immer weniger gewachsen sein. Die zentrale Frage nach der politischen Zukunft Europas und seines Verhältnisses zu den

beiden Weltmächten ist heute deshalb neu gestellt. Europa hat diese Frage – die ja letztlich die Frage nach seinem politischen Selbstverständnis und nach seiner künftigen Rolle in der Welt ist – bisher offengelassen. Es glaubte, sich dies im Schutze wirtschaftlichen Aufstiegs und einer politischen Schönwetterlage leisten zu können.

Das rächt sich heute. Die Europa eingeräumte Schonzeit neigt sich ihrem Ende zu. Europa wird nicht darum herumkommen, eine *kohärentere* und kostensparende Verteidigungspolitik auszuarbeiten, will es nicht von astronomisch steigenden Rüstungs- und Personalkosten auf den Weg schrittweiser Selbstabstützung getrieben werden; gegenüber Washington wird es eine tragfähigere Handels- und Währungs-, gegenüber den Ölproduzenten eine überzeugende Energiepolitik und gegenüber Moskau eigene Vorstellungen zur Sicherheit ganz Europas, zur politischen Ordnung Westeuropas und einer grösseren Unabhängigkeit Osteuropas zu entwickeln haben.

Ende der Schonzeit

Wie präsentiert sich am Ende dieses kurzen weltpolitischen «Tour d'horizons» die weltpolitische Lage aus der Sicht der Schweiz?

Wir sehen uns, *erstens*, am Beginn einer Epoche, in der die westlichen Industrieländer auf entscheidenden Gebieten ihre Monopolstellung eingebüsst haben. Was bisher fast selbstverständlich unter den wenigen Reichen entschieden werden konnte – Struktur und Reform des internationalen Währungssystems beispielsweise –, muss fortan mit neuen, oft schwierigen Partnern

ausgetauscht werden; im Rahmen neuer Abhängigkeiten ist das Verhältnis zu den rohstoff- und energiereichen Ländern, ja zur Dritten Welt überhaupt, neu und (vorwiegend auf unsere Kosten) ausgeglichen zu gestalten.

Zweitens: In der neuen Hierarchie der Mächte erweisen sich Japan und, in anderer Weise, die westeuropäischen Länder gegenüber diesen neuen Herausforderungen als besonders verletzlich. Dies um so mehr, als ihre innenpolitischen Probleme sie immer wieder zu nationalistischen Alleingängen verführen und Aussenpolitik damit stärker von innenpolitischen, partei- und wahlaktischen Überlegungen bestimmt wird. Dies wirkt sich auch auf die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aus. Diese haben nicht nur stärkere Trümpfe in der Hand, sondern wissen sehr wohl, dass die Sicherheit Japans ebenso wie die Westeuropas weiter von ihnen abhängig bleibt.

Drittens: Die Vereinigten Staaten bleiben nach wie vor die stärkste und trotz ihrer innenpolitischen Schwierigkeiten aktivste Weltmacht, nur auf strategischem Gebiet annähernd erreicht von der Sowjetunion. Wir beobachten dabei, dass diese die Entspannung nach aussen vor allem in Form westlicher Kredite und Technik zu nutzen und nach innen durch eine härtere Politik abzufangen sucht.

Viertens, falls die Verhandlungen über eine weitere Begrenzung der strategischen Rüstung nicht bald zu einem Erfolg führen, stehen beide Weltmächte an der Schwelle eines neuen Rüstungswettkampfs. Die europäische Sicherheitskonferenz hat sich – nicht unerwartet – als äusserst mühsames und wenig ergiebiges Unterfangen herausgestellt. Ihr Ende ist noch nicht abzusehen. Ähn-

liches gilt vorläufig auch für die MFR-Gespräche in Wien. Der «Entspannungsprozess» kommt eben sofort ins Stocken, wo er die politischen Strukturen der Nachkriegszeit und das übersteigerte Sicherheits- und Vorherrschaftsbedürfnis Moskaus unmittelbar zu berühren droht.

Fünftens: Sicherheitskonferenz und MFR würden selbst bei günstigerem Verlauf nichts an der Tatsache ändern, dass dreissig Jahre nach Kriegsende die beiden Weltmächte immer noch in Europa stehen. Ihr Gewicht muss überragend bleiben, solange Europa eigener Geschlossenheit ermangelt und damit das Zusammenspiel sowjetisch-amerikanischer Interessen erleichtert. So lässt sich neuerdings feststellen, dass nicht nur – wie bisher – Moskau, sondern auch Washington der politischen Eingang Westeuropas zusehends skeptischer gegenübersteht.

Und schliesslich, *sechstens*, decken die Krisen und Unsicherheiten der westeuropäischen Demokratien das Unge-

nügen überkommener Institutionen, die wachsende Kluft zwischen Staat und Bürger und das Fehlen überzeugender Leitbilder und Ordnungsvorstellungen, national wie international, auf. Die Schweiz macht, trotz erfreulicher politischer Stabilität, davon keine Ausnahme: die Sünden der sechziger Jahre, symbolisiert in einer schweizerischen Möglichkeiten und Grenzen unangemessenen Wachstumseuphorie, werden uns noch teuer zu stehen kommen. Mehr als je eingebettet in die vielfachen Ströme der Weltpolitik, mit ihnen verzahnt und von ihnen beeinflusst, wird die militärische, wirtschaftliche und soziale Sicherheit unseres Landes von den geschilderten Veränderungen dieser Weltpolitik betroffen. Die neuen Herausforderungen, die sich der schweizerischen Politik damit stellen, zeigen, dass auch für sie die Schonzeit verhältnismässig ruhiger Jahre vorbei ist.

Curt Gasteyger